

Der Euro kommt nach Lettland, das böse Erwachen folgt später

Von Friederike Spiecker | 12.07.2013

"Der Wunsch Lettlands zur Euro-Einführung ist ein Zeichen des Vertrauens in unsere gemeinsame Währung und ein weiterer Beweis dafür, dass diejenigen irrten, die den Zerfall der Euro-Zone vorher sagten.", sagt Olli Rehn laut [Spiegel](#). Und die [FAZ jubelt](#): "Die Nachricht ist deswegen vergleichsweise schön, weil zum Jahresbeginn ein Land den Euro einführen wird, das nach einem scharfen Wirtschaftseinbruch als Folge der Finanzkrise ein erfolgreiches Gesundheitsprogramm absolviert hat, das also ein Beispiel dafür ist, dass die Kombination von strenger Haushaltsdisziplin und Wirtschaftsreformen durchaus funktioniert."

Der Beschluss der EU-Finanzminister, Lettland am 1. Januar 2014 als 18. Mitglied in die Eurozone aufzunehmen, wird aber nicht überall als Musterbeispiel für den Erfolg neoliberaler Reformen gefeiert. Die [taz etwa berichtet](#) davon, dass der lettische Ministerpräsident angekündigt hat, den Finanzplatz Riga durch entsprechende Steuergesetzgebung ausbauen zu wollen, was vermutlich nichts anderes heißt, als dass hier eine neue Steueroase mit Bankgeheimnis entstehen soll.

Das eigentlich Erschütternde daran ist, dass es bereits eine katastrophale Blaupause für die anstehende Entwicklung Lettlands gibt. Lettland denkt offenbar daran, in die Fußstapfen Zyperns zu treten, das mit diesem Weg, wie wir inzwischen alle wissen, in ein ökonomisches Desaster geraten ist. Keinesfalls genügt es, wenn in Brüssel halbherzig kritisiert wird, dass in Lettland "rund die Hälfte aller Einlagen aus dem Ausland stammen" (Quelle: taz-Artikel). Faktisch wird ein Geschäftsmodell toleriert, unter dem wieder die kleinen Leute leiden werden. Dass man sich in Brüssel nicht für die Masse der Bevölkerung in Lettland interessiert, ist zwar nichts Neues. Aber man müsste doch wenigstens zur Kenntnis nehmen, dass auch die Eurozone wieder in Mitleidenschaft gezogen werden wird beim Zusammenbruch des nächsten aufgeblasenen Finanzmarktplatzes, weil alle dann in der Not ergriffenen Maßnahmen wie schon im Fall Zypern das Vertrauen in das Geld- und Kreditwesen der EWU erschüttern werden.

Selbstverständlich hat Lettland ein Wettbewerbsfähigkeitsproblem, weil seine Lohnstückkosten gravierend über denen Südeuropas liegen, das bekanntlich auch schon ein sattes Problem mit seiner Wettbewerbsfähigkeit hat. Aber dieses Problem löst man nicht dadurch, dass man Standortwettbewerb betreibt und windige Finanzmarktakteure ins Land hinein komplimentiert, indem man sie mit

niedrigen Steuersätzen und einem starken Bankgeheimnis lockt. Denn die schaffen weder eine dauerhaft tragfähige industrielle Basis noch helfen sie, Lettland kontinuierlich mit langfristigem Finanzkapital zu versorgen, das in eine solche Basis fließen könnte.

Der Fehler Lettlands bestand, wie hier auf Flassbeck Economics [bereits mehrfach dargelegt](#), darin, dass es zur Wahrung seiner Euro-Ambitionen und zum Schutz von Direktinvestoren am festen Wechselkurs zum Euro über Jahre hinweg festgehalten hat statt abzuwerten. Seine Währung ist bis heute aufgrund der im Vergleich zur Eurozone vormals starken Inflation massiv überbewertet. Trotz der mittlerweile durch Lohnkürzungen eingedämmten Preissteigerungsrate ist der bis dato aufgelaufene Abstand zum EWU-Durchschnitt beim Preisniveau so eklatant, dass Lettland nicht wettbewerbsfähig ist. Sichtbar wurde das am großen Außenhandelsdefizit, das sich seit der Wechselkursfixierung entwickelte. Nur der starke Wirtschaftseinbruch zwischen 2008 und 2010 hat die Importneigung so gedrosselt, dass das große Defizit verschwand. Doch seit die lettische Wirtschaft wieder wächst, ist die Leistungsbilanz sofort erneut in den Minusbereich gerutscht.

Die Chance ist vertan, hier noch einmal vor dem Beitritt zum Euro per Abwertung eine große Korrektur einzubauen. Zwar hätte man eine deutliche Verteuerung der Importe hinnehmen müssen. Aber damit hätte vermieden werden können, dass die unausweichliche Anpassung der Wettbewerbsfähigkeit durch Arbeitslosigkeit, Gürtel-enger-Schnallen und das Risiko einer Realwirtschaft und die Politik dominierenden Finanzindustrie der Bevölkerung abverlangt wird. Freilich hätte das auch im Widerspruch zu den Maastrichtkriterien für einen Beitritt gestanden, die ja keine größere Wechselkursanpassung in den zwei Jahren vor Eintritt in die EWU erlauben. Man hätte den Beitritt aber einfach zwei Jahre rausschieben, die Abwertung jetzt vornehmen und einen vernünftigen, d.h. weder übertrieben inflationären noch deflationären Kurs der Lohnpolitik einschlagen können. Hätte sich die EZB bereit erklärt, den neuen lettischen Wechselkurs auf dem Niveau verteidigen zu helfen, der für einen Ausgleich des gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkostenniveaus mit dem der Eurozone erforderlich wäre, hätten Devisenmarktspekulanten auch keine Chance gehabt, Lettland aus den Angeln zu heben. Das Nachsehen hätten einige der bisherigen Direktinvestoren gehabt, die aber bereits sehr gut an Lettland verdient haben, und natürlich mancher Finanzanleger, der auf die Konstanz des Wechselkurses gesetzt hat.

Aber diese beiden Gruppen schont Lettlands Führung lieber als die Masse der Bevölkerung. Und in Brüssel fühlt man sich angesichts der Dauer-Euro-Krise gebauchpinselt, dass ein neoliberaler Muster Schüler in die EWU-Klasse aufgenommen werden will. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 12.07.2013

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/07/lettland-und-der-euro-anlass-fur-jubelarie-oder-trauermarsch/>